

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 15.10.2017

Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

In den letzten zwei [Sonntags worten](#) habe ich meinen Zorn nicht das erste Mal über die Zustände in dem schönen deutschen Land freien Lauf gelassen. Ich habe aufgezeigt, wie das vernünftige Reden miteinander, das der Grüßaugust angemahnt hat, tatsächlich aussieht. Das Reden, was er meint, ist im allergrößten Maß Unvernunft und weit ab von praktischer Vernunft. Denn wenn man sich nicht kooperativ mit dem herrschenden Regime verhält, wie es mir nicht nur einmal angetragen wurde, dann wird man in der Mühle der politischen Inquisition zermahlen. Und dabei bin ich noch nicht einmal das erste Opfer und auch nicht das Opfer, dem es am ärgsten widerfuhr.

Ich habe aber auch über den Bundestagsneuling, über die AfD ausgeführt und bin dort nicht zum Ende gekommen, da die eigentliche Länge des Sonntagswortes bereits weit überschritten war. Es wäre noch die Rede von der Türkei. Da meint doch die AfD, daß die Türkei nicht zu Europa gehöre. Nun gut, das kann aus dem fehlenden Geographieunterricht in der Schule herausfolgen, denn die Türkei ist ähnlich wie die Russische Föderation zum Teil auf dem europäischen Kontinent eben bis hin zum Bosphorus und nur zum anderen Teil auf dem asiatischen Kontinent gelegen. Selbstverständlich haben die Türken eine andere Kultur, aber diese unterliegt in Deutschland der Meinungs- und Religionsfreiheit, aber besonders in Deutschland im Rahmen der rechtsstaatlichen Gesetze. Und genau dieses Problem, das Fehlen von rechtsstaatlichen Gesetzen, wird von der AfD nicht im geringsten angesprochen. So auch das Problem der tatsächlichen Flüchtlingsursachen, nämlich die Kriegstreiberei der BRD in der Spur der Nato. Denn diese, und das habe ich bereits im vorigen Sonntagswort geschrieben, sieht die AfD als ein Verteidigungsbündnis, obwohl klar gesprochen es die Nordatlantische Terrororganisation ist. Sechs Millionen Wähler haben die AfD in den Bundestag gehievt und sechs Millionen Wählern hat die AfD mit vollem Vergnügen den Schleier der Maja vor die Augen gezogen. Die meisten der sechs Millionen sind Protestwähler, die den anderen Parteien keine Neigung mehr entgegen bringen können. Aber auch die Wähler der anderen Parteien finden nicht im geringsten eine Alternative gegen das herrschende Parteiensystem, wie es das Merkela immer wieder betont. Das Parteiensystem ist eben alternativlos und die Menschen in der Brid bekommen vor der Wahl in die Hirne geklopft, daß der der nicht zur Wahl geht keine Änderung bringen kann. Aber welche Änderung soll denn erbracht werden, wenn die besatzungsregelnden Grundsatzbestimmungen Art. 79;120;125;130;135a & 139 GG die einzigen sind, die nach wie vor 100%ig beachtet werden. Während dessen gerade Art. 20 & Art. 97 GG, in dem die bundesrepublikanischen Gesetze verpflichtend dargestellt sind, zwar vom [Landesozialgericht Sachsen betont werden](#); sie sich aber selbst einen Dreck darum scheren, bundesrepublikanisches Recht und Gesetz einzuhalten, obwohl dieses sowieso kein Rechtsstaatsprinzip als Hintergrund besitzt. Wahrscheinlich wegen des fehlenden Rechtsstaatsprinzips wird sich erdreistet, noch nicht einmal bundesrepublikanisches Recht und Gesetz einzuhalten, um vom eigentlich gültigen deutschen Recht und Gesetz auf der Grundlage von Völkerrecht erst gar nicht zu reden. So kommt es dann dazu, daß der Währungswechsel von der RM zur DM und danach zum Euro keiner Volksabstimmung bedurfte, daß der EU-Vertrag keiner Volksabstimmung bedurfte, daß es nach wie vor grundgesetzwidrige Wahlen, obwohl das GG selbst rechtsungültig ist, gibt, daß der Rettungsschirm, der hauptsächlich durch die Brid und damit deren Schutzgeldzahlern finanziert wird, keiner Volksabstimmung bedurfte, daß dem deutschen Volk nach wie vor ein rechtsgültiger Einigungsvertrag samt einem sog. 2+4 Vertrag [vorgegaukelt](#) wird und das alles auf einer groben Lüge, die in der neuen Präambel verankert ist, aufgebaut wird.

Mit all diesem wurden von [augendienenden Oberlehrern](#) hunderttausende deutsche Menschen vor die Brandmauer der Zionisten gekarrt, an der dessen Zorn in Rauch aufging und verflog.

Das alles aber habe ich seitens der AfD so zu keiner Zeit kritisieren gehört.

Eine evtl. wirkliche Lösung für dieses Problem habe ich aber auch von wirklich keiner anderen Seite als vom Bund Volk für Deutschland erfahren können.

Wollen wir es einmal klarstellen. Die große Mehrheit der Mitglieder der Brid Parteien und noch mehr von deren Wählern, sind sich tatsächlich nicht bewußt, daß sie auch wenn nur mittelbar der Kriegstreiberei Unterstützung gewähren, obwohl unsere Ahnen 1945 „[Nie wieder Krieg](#)“ geschworen haben. Wie aber könnte man diesen Menschen gram sein, daß sie kein Wissen über die Wahrheit besitzen, daß sie von einem Volk der Dichter und Denker zu einem Volk von dressierten Verbrauchern und Rechthaschern [umerzogen](#) worden sind?

Kann man diesen Menschen gram sein? Ich vermeine, ja! Und noch mehr der Verwaltung der Brid, die doch den Hochmut in juristischer Person des Regierungspräsidium Darmstadt besitzt, folgend auszuführen: *“Sollten Sie im Irrtum gewesen sein, etwas Unerlaubtes zu tun, war dieser Irrtum vermeidbar, da Sie sich über die Zulässigkeit einer grenzüberschreitenden Arzneimittel-Bestellung hätten erkundigen können und müssen.“*

Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, dieser Hochmut verlangt vom einzelnen Menschen sich in der unübersichtlichen Wust an Gesetzen, besser gesagt willkürliche Regeln, da ohne jeglichen rechtsstaatlichen Hintergrund, zurechtzufinden und auszukennen, ohne jedoch selbst den verfassungsgebenden Kraftakt, der in der neuen Präambel zum GG steht, nachweisen zu können.

Jetzt komme ich zu einer ganz anderen Art, den von der Brid gar nicht gern gesehenen Reichsbürgern. Dazu ist grundsätzlich erst einmal zu sagen, daß alle Deutschen die Reichs- und Staatsangehörigkeit besitzen. Es ist aber die mittelbare nicht die unmittelbare Reichsangehörigkeit zum Deutschen Reich. Es sind also nicht wie von den Mainstream-Bridlern vermeint 10000 Reichsbürger, es wurden sogar schon 23000 Gesichtet, wobei deren Zahl stetig steigen würde, sondern ca. 60 Millionen, deren Zahl immer weiter fällt, da ihnen ihr Selbstbestimmungsrecht genommen wird, mit dem sie auch ihre natürliche Fortpflanzung vernachlässigen. Und alles weil sie die Pflichten, die ihnen ihre Rechte aufgeben, verweigern.

Das Deutsche Reich seit der [Machtübernahme](#) der vier alliierten Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als ganzes ist handlungsunfähig und hat keine **rechtsgültige** Verfassung. Eine Verfassung gibt es seit dem [29.11.1918](#) nicht mehr, da die Majestäten sämtlich ihren Thron aufgegeben haben, die Weimarer Verfassung vom Volk nicht in kraft gesetzt wurde und diesem Mangel unterliegt auch das GG, daß weder 1949 noch 1990 vom deutschen Volk als **Verfassung** bestätigt wurde. Eine unmittelbare Staatsangehörigkeit wie es derzeit die [„Freistaaten“](#) Bayern, Sachsen und Thüringen vorgaukeln, gibt es seit 1918 nicht mehr, da alle Gründungen, die auf die Weimarer Verfassung zurückgehen, wegen derer Rechtsungültigkeit ebenfalls nichtig sind. Es bedeutet aber nicht, daß die Weimarer Verfassung nicht angewendet wurde bis hin zum Verbrecher Hitler, der darauf dann sein Ermächtigungsgesetz aufgebaut hat. Oh, Entschuldigung, jetzt habe ich ja dieser geistigen Nulpe etwas viel zugetraut. Da waren doch einige andere [wichtige Männer](#) am Zug um das zu bewerkstelligen, gerade so wie es 1989/90 stattgefunden hat. Daher gibt es nur die mittelbare Reichsangehörigkeit, also die, die einst einmal die Auslandsdeutschen besaßen, die in anderen Staaten gelebt haben oder Kolonien. Somit ist es ein absoluter Blödsinn oder um es mit Schopenhauer zu sagen „Windbeutelerei“, daß die heutigen Deutschen Staatenlose sind. Ach Opelt, jetzt zeigst du es wieder, wie du die Leute hinters Licht führen willst. Von wegen mittelbare

Reichsangehörigkeit und anderen Quatsch. Es gibt heute die deutsche Staatsangehörigkeit, die sogar alle eingebürgerten Ausländer besitzen. Na ja, da quökt die Brid-Flüstertüte. Gehen wird doch einmal nach den Tatsachen sehen. Bis 1999 hat auch in der Brid die von den Besatzungsmächten vorausgesetzte Reichs- und Staatsangehörigkeit gegolten und das in den drei Westzonen und in der [DDR](#) sowieso. Erst 1999 wurde von einem rechtswidrigen Regime und wieder ohne Volksentscheid, die Reichs- und Staatsangehörigkeit in die [deutsche Staatsangehörigkeit umgewandelt](#). Da dies aber auf keiner rechtsgültigen Grundlage geschah, ist das nichts weiter wie Scharlatanerie.

Damit sind alle bis 1990 eingebürgerten Migranten Reichs- und Staatsangehörige auf der Grundlage der besatzungsrechtlichen Vorschriften; aber eben nur bis 1990. Und hier wird der Wahnsinn offensichtlich, dem alle Menschen, denen man seit dem 17.07.1990 in den drei Westbesatzungszonen und seit dem 22.07.1990 in der DDR, unterworfen werden. Die deutsche Staatsangehörigkeit dieser Menschen ist keinen Pfifferling wert, was Erdogan weiß und sich einen Schitt darum kümmert, wenn er diese Menschen in der Türkei einbuchtet. Aber auch alle Deutschen, die aus Rußland in die Heimat ihrer Ahnen zurückgekommen sind, sind in diese Falle getappt und dadurch wird klar, warum der Nachzug derer Anverwandten von der Brid nach wie vor behindert wird, obwohl den Kriegsflüchtlingen aus dem nahen Osten, deren Familiennachzug weitestgehend ermöglicht wird.

Da kam in diesen Tagen ein ebensolcher Scharlatan über den Verteiler per E-Post geflattert, der da einen sog. Rußlanddeutschen großspurig erklärt hat, daß das Deutsche Reich lt. Art. 116 GG in den Grenzen von 1937 weiterbestehe. Dieser Scharlatan meint dann auch noch, daß die abgetrennten Gebiete sofort wieder anzuschließen wären, geht dabei aber nur von den Ostgebieten aus und läßt wahrscheinlich bewußt die westlichen und nördlichen abgetrennten Gebiete völlig außer acht. Dieser Scharlatan beruft sich dann auch noch auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Das Selbstbestimmungsrecht wurde zwar bereits in der amerikanischen Verfassung von 1787 ins Auge gefaßt, hat aber erst 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen für alle Völker einen Einzug gefunden. Verbindlich aber festgeschrieben ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker erst seit 1966 mit den zwei Menschenrechtspakten. Mit dieser Festschreibung des Selbstbestimmungsrechts ist nun inzwischen das Selbstbestimmungsrecht der Menschen, die in den abgetrennten Gebieten des Deutschen Reichs leben, zu achten. Somit ist also deren Recht auf Selbstbestimmung Grundlage dafür, inwieweit die abgetrennten Gebiete des Deutschen Reichs in den jetzigen Staaten verbleiben oder nicht und nicht im geringsten der Meinung irgendwelcher Scharlatane und noch schlimmer von Halunken unterworfen. Mit Halunken meine ich die Nepper, Schlepper und Bauernfänger, die sich in zig Krrs, in einem Volksbundesrath, der sich in seiner geistigen Borniertheit selbst die kaiserliche Verfassung angepaßt hat, die Selbstverwaltungen wie die von Frühwald, die Jünger des Selbstgesalbten Sürmeli und viele andere solche kriminellen Reichsbürger, die ihr Wissen dazu nutzen, unter Deckung des Brid-Regimes ihren eigenen Kriegsgewinn zu erwirtschaften. Es sind also Kollaborateure, die gegen einen deutschen Staat arbeiten, der nach dem fortgebildeten Völkerrecht einer neuen Verfassung bedarf und dessen Name mit einer Volksabstimmung festzulegen sein wird. Eine solche Halunkenvereinigung ist mir erst vor kurzem wieder neu untergekommen, sie nennt sich „Administrative Regierung“ und ist im Mainstream nur aufgefallen, weil sie nicht wie die anderen treu und brav ihre Schutzgelder aus ihren Kriegsgewinnen an die Brid entrichten, sondern im Gegenteil das Bundesland Sachsen und seine Finanzdienstleister aufgefordert haben, Steuern zurückzuzahlen.

Derweil verkaufen auch diese Halunken Spaßdokumente zu zwar sehr niedrigeren Beträgen, dies aber wahrscheinlich nur, weil sie sie bei weitem nicht mehr so teuer losschlagen können wie früher der inzwischen in Dantes Inferno gezogene kommissarische Reichskanzler Ebel. Jene Anhänger bepflastern die „Behörden“ der Brid mit teilweise wahrhaftig sinnlosen Schreiben. Es ist sehr wohl nicht sinnlos eine Wahlbenachrichtigung an diese Leut zurückzusenden, da man sich wenn man an dieser Brid- Wahl teilnimmt, sich nach § 7 Abs. 5 des Völkerstrafgesetzbuches wegen der

Unterstützung eines institutionalisierten Regimes [gesellschaftlich anerkannte Form, die die einer Regierung, die die BRiD angenommen hat- ohne eine verfassungsmäßige Grundlage] strafbar macht. So hat der rQ und seine ppC vor einiger Zeit seine [Wahlbenachrichtigung](#) mit entsprechender Nachricht an die Leut zurückgesandt und ist deswegen im Jahr 2017 von solch einer Benachrichtigung verschont geblieben. Man führt ihn also nicht mehr in ihren Akten, in ihren Kreditlisten. Die Kreditlisten, die unter UCC (Uniform Commercial Code) geführt werden. Und genau an diesen Listen hat sich ein weiterer Scharlatan die Flügel gebrochen. Eine [Brigitte F.](#) (mir persönlich bekannt) aus Zwickau hat vermeint den Leuten von der BRiD auf den Lein rücken zu können, in dem sie angenommene Schulden in die UCC-Liste eintragen ließ um sie dann über Inkassofirmen, deren sie selbst eine auf einer schönen Mittelmeerinsel eröffnet hat, eintreiben zu lassen. Da ist ihr Irrsinn prompt auf ihre eigenen Füße gefallen, denn die UCC-Mächtigen legen diese Listen nicht über ihre hörigen Vasallen sondern deren Untertanen an. Die Untertanen, hier in Form des deutschen Parlamentsvolks, das sich zur Sachen machen lassen hat.. Zur Sache wie ein jedes beliebiges Stück Vieh nach BGB.

Eine Leserin hat vor kurzem in einer Post an uns einfach und klar richtig geschrieben: „Dieses System ist nicht reformierbar.“

Diese Leserin hat überaus recht in ihrer Aussage. Wie aber kann das ganze Ungemach beendet werden? Darüber schweigen sich alle Seiten im Netz aus. Nur der Bund Volk für Deutschland stellt eine [zivile Lösung](#) für diesen ganzen Wahnsinn vor, die aber nicht die nötige Beachtung gezollt bekommt, da die Menschen eben durch augendienende Oberlehrer und Nepper, Schlepper, Bauernfänger in Zusammenarbeit mit dem Mainstream-Medien in den geistigen Irrgarten geführt werden. Aus diesem Irrgarten kann nur jener herausfinden, der seine selbstbewußte Eigenverantwortung wieder aufnimmt, also die oberste Menschenpflicht erfüllt um die Menschenrechte wahren zu können.

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland

Bundvfd.de